

**Arbeitsgemeinschaft
Justiz-Fachgewerkschaften
im dbb rheinland-pfalz**

c/o: Winfried Conrad
Rheinhöhenweg 6,
56112 Lahnstein

Tel.: 02621 629154
Mob.: 0170 9649561
Mail: lv.rlp.vors@bsbd-rlp.de

Presseerklärung der Justizgewerkschaften Rheinland-Pfalz

Eilt sehr – sofort vorlegen –

Gespräch der rheinland-pfälzischen Justizgewerkschaften
mit Vertretern der Presse am 08.01.2014 in Mainz, Erbacherhof



Freigabe: sofort

Erreichbarkeit für Rückfragen
– Winfried Conrad
– 0170 – 9649561



„ Schluss mit lustig“

**Justizgewerkschaften warnen vor
Nachwuchsmangel und personellem
Kahlschlag in der Justiz!**



Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen der aktuell brisanten Lage in der rheinland-pfälzischen Justiz luden die Justizpraktiker zu einem Gespräch nach Mainz ein.

Hauptthemen waren der Mangel an geeigneten Nachwuchskräften und die Einsparung der Landesregierung insbesondere im Personalbereich.

Die rheinland-pfälzische Justiz beklagt nicht nur den zahlenmäßigen Rückgang an Bewerberinnen und Bewerbern, auch die Qualität lässt zu wünschen übrig.

Arbeitsgemeinschaft Justiz-Fachgewerkschaften im dbb rheinland-pfalz

Nicht nur die Auswirkungen des demografischen Wandels, sondern auch die mangelnde Attraktivität des öffentlichen Dienstes wirke sich negativ auf die Bewerberlage aus, so die Gewerkschaftsvertreter.

Hoch motivierte und karriereorientierte junge Menschen werden zukünftig nicht mehr den Weg zu uns finden, prognostizierte der Sprecher der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD) Winfried Conrad und kritisierte das geringe Engagement des Dienstherrn bei der Nachwuchsgewinnung und fehlende Werbemaßnahmen. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben.

Wenn Rheinland-Pfalz weiterhin seinen Bürgern einen verlässlichen Zugang zu den Gerichten, der Wirtschaft den Standortvorteil einer effizienten Rechtsentscheidung gewähren und Straffällige sicher und human unterbringen will, dann braucht die Justiz auch in Zukunft qualifiziertes und motiviertes Personal in ausreichender Zahl, mahnte der Sprecher der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG) Helmut Hau.

Die Gewerkschaftler stellten fest, dass heute schon das notwendige Personal fehlt. „Die rheinland-pfälzische Justiz geht am Stock, jetzt will man uns diesen auch noch wegnehmen“, kritisierte der Vorsitzende der Amtsanwälte, Heinrich Schneider, die Pläne der Landesregierung.

Gerechte Verfahren, transparente und schnelle Entscheidungen, zuverlässige Täterverwahrung - Rechtsgewähr und Sicherheit sind nur durch Menschen leistbar. Aber gerade beim Personal will die Landesregierung so stark einsparen, dass für den Bürger deutliche Einschnitte spürbar werden. Das Chaos am Mainzer Bahnhof im Sommer 2013 hat gezeigt wohin eine verfehlte Personalpolitik führt. Vor diesem Kollaps stehen u.a. auch die rheinland-pfälzischen Grundbuchämter, resümierte die Landeschefin des Bundes Deutscher Rechtspfleger, (BDR), Andrea Meyer.

Die Justizfachleute forderten:

1. Die Gleichbehandlung mit den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes bei der Nachwuchsgewinnung. Die Polizei und die Steuerverwaltung sind hier vorbildlich.
2. Die Steigerung der Attraktivität der Justizberufe durch:
 - Teilhabe an der wirtschaftlichen Einkommensentwicklung
 - größere berufliche Aufstiegsmöglichkeiten
3. Keinen weiteren Personalabbau sondern eine aufgabengerechte Personalausstattung. Das Sparen im Personalbereich muss ein Ende haben.
4. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und des Arbeitsumfeldes:
 - Belastungsreduzierung
 - Gesundheitsmanagement

Ca. **7000** Beamte und Tarifbeschäftigte arbeiten in der rheinland-pfälzischen Justiz in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Gefängnissen.
Die Mehrheit ist gewerkschaftlich organisiert.

BDR – Bund Deutscher Rechtspfleger Rheinland-Pfalz
BSBD – Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland Rheinland-Pfalz
DAAV – Deutscher Anwaltsverein Rheinland-Pfalz
DJG – Deutsche Justizgewerkschaft Rheinland-Pfalz